



Stefan Gaidies
Vor den Meeden 26
26446 Friedeburg
- Vorstand der Partei „Die Friesen“-

Antrag der Partei „Die Friesen“ an den Gemeinderat der Gemeinde Friedeburg

**„Die Friesen“ beantragen hiermit, in der Gemeinde Friedeburg auf den Gebrauch von
Glyphosat und anderen Pestiziden auf öffentlichen Flächen zu verzichten.**

Seit Dezember 2017 wirbt der BUND für eine „pestizidfreie Kommune“ mit einer interaktiven Karte im Internet. Auf dieser Karte sind alle Orte und Städte aufgeführt, die keine Pestizide für ihre eigenen Flächen benutzen.

In Ostfriesland ist nur die Samtgemeinde Esens eine pestizidfreie Kommune. Sie benutzen seit 2015 auf keiner öffentlichen Fläche (Blumenbeete, Sportplätze, Kindergärten usw.) mehr Glyphosat und vermeiden auch andere Herbizide und Pestizide. Ersatz sind Heißluftgeräte.

Deutschlandweit verzichten bereits 90 Städte und Gemeinden auf Glyphosat und andere Pestizide bei der Pflege ihrer Grün- und Freiflächen. Um dieses Engagement zu dokumentieren und zu würdigen, hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine interaktive Karte dieser pestizidfreien Kommunen veröffentlicht.

Durch den Verzicht von Glyphosat und anderen Pestiziden und Herbiziden würde die Gemeinde Friedeburg auf der interaktiven Karte im Netz verzeichnet sein. Das hätte auch Auswirkung auf den Tourismus vor Ort, denn weltweit wäre ersichtlich, dass die Gemeinde Friedeburg einsteht für:

- **Vorbildliches Engagement der Gemeinde für Artenvielfalt und Schutz für die Nahrungsgrundlage und den Lebensraum der Insekten.**
- **Verantwortung übernehmen für Mensch und Umwelt.**

Die interaktive Karte des BUND kann unter folgendem Link aufgerufen werden:
<https://www.bund.net/umweltgifte/pestizide/pestizidfreie-kommune/>

Mit freundlichen Grüßen
Stefan Gaidies
- Schriftführer -

Beschlussvorlage „Pestizidfreie Kommune“

Der Gemeinderat von Friedeburg

entscheidet in seiner Sitzung vom, dass die Gemeinde Friedeburg:

1. Ab sofort/schrittweise auf allen kommunalen Flächen (Kulturland sowie Nichtkulturland) keine chemisch-synthetischen Pestizide (Pflanzenschutzmittel) einzusetzen.
2. Private Dienstleistungsunternehmen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten, ebenfalls zu einem Pestizidverzicht verpflichtet.
3. bienen- und insektenfreundliche Blühflächen oder Projekte initiiert.
4. bei der Verpachtung kommunaler Flächen für eine landwirtschaftliche Nutzung ein Verbot des Einsatzes von Pestiziden im Pachtvertrag verankert.
5. private Firmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung zur pestizidfreien Bewirtschaftung auffordert.
6. Bürger*innen über die Bedeutung von Biodiversität in der Stadt informiert und gleichzeitig Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern wie Bienen und Wildbienen sowie giftfreie Maßnahmen beim Gärtnern aufzeigt.

Begründung

In Städten und Gemeinden werden Pestizide eingesetzt, um Wege in Parks, Sport- und Spielplätze, Grünanlagen oder Straßenränder frei von unerwünschten Kräutern und Gräsern zu halten oder um gegen ungeliebte Insekten vorzugehen. Viele der Mittel stehen im Verdacht, Krebs zu erregen, die Fortpflanzung zu schädigen oder eine hormonelle Wirkung zu haben. Auf öffentlichen Flächen wie beispielsweise Sport- und Spielplätzen können die Wirkstoffe in direkten Kontakt mit den Bürger*innen kommen. Insbesondere für Kinder und Schwangere ist das eine Gefahr. Auch Haustiere wie Hunde und Katzen sind den Stoffen schutzlos ausgeliefert.

Für viele Tier- und Pflanzenarten im städtischen Raum sind Pestizide ein Verhängnis. Denn nicht nur die unerwünschten Wildkräuter und Insekten werden beseitigt, sondern auch Honigbienen, Wildbienen, Schmetterlinge und Fledermäuse. Entweder töten und schädigen Pestizide Insekten oder Wildkräuter direkt oder sie dezimieren ihren Lebensraum und ihre Nahrung. Von den fast 600 Wildbienen-Arten in Deutschland steht rund die Hälfte auf der Roten Liste. Dabei sind blütenbesuchende Insekten unentbehrlich für die Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen. Sie erhalten die Pflanzenvielfalt und sichern landwirtschaftliche Erträge und damit unsere Ernährung. Laut Welternährungsorganisation sind weltweit rund zwei Drittel unserer Nahrungspflanzen auf Bestäuber angewiesen. In Städten und Gemeinden sichern Honigbienen, Wildbienen und Schmetterlinge den Kleingärtnern eine gute Obsternte und den Stadt-Imkern reichlich Honig.

Weltweit und auch in Deutschland erleben wir einen zunehmenden Verlust der Artenvielfalt. Grund dafür ist vor allem die intensive Landwirtschaft. Dort dominieren meist Monokulturen, die intensiv mit Pestiziden gespritzt werden. Hecken oder Blühflächen, als Rückzugsgebiete und Nahrung für viele Insekten, Vögel und Säugetiere fehlen oft komplett. Über 40.000 Tonnen Pestizide belasten jährlich in Deutschland die Umwelt, Tendenz steigend. Das Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie, den Verlust von Arten zu stoppen, kann mit dem aktuellen Pestizideinsatz nicht erreicht werden.

Siedlungsgebiete sind oft letzte Rückzugsorte für bedrohte Arten, die in der Agrarlandschaft keinen Lebensraum mehr finden. Kommunen können hier Verantwortung und eine Vorreiterrolle für den Artenschutz übernehmen, indem sie bei der Flächenpflege keine Pestizide einsetzen. Auch für die menschliche Gesundheit, die Lebensqualität und den Tourismus ist der Pestizidverzicht ein Gewinn. Bundesweit über 50 Städte sind bereits ganz oder teilweise pestizidfrei, einige von ihnen sogar schon seit über 20 Jahren. Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig. So werden Flächen mit mehrjährigen Stauden bepflanzt, die Insekten ein ganzjähriges Blütenangebot und damit Nahrung und Lebensraum schaffen. Frühzeitiges Reinigen von Verkehrsflächen und planerische Weitsicht bei der Bebauung sind wichtige Elemente, um einen zu starken Bewuchs zu verhindern. Alternativen zur Chemiekeule sind vielfältige mechanische und thermische Verfahren. Besonders wichtig ist dabei immer die Kommunikation mit den Bürger*innen, um die notwendige Akzeptanz zu schaffen.